



Münster, 07.12.2021

Resolution des Rates: Keine weiteren Urantransporte durch Münster

– Ratsantrag zur sofortigen Beschlussfassung –

Der Rat der Stadt Münster beschließt:

1. Die Stadt Münster lehnt zukünftige Transporte von Uranhexafluorid von und zur Urananreicherungsanlage in Gronau über Münsteraner Stadtgebiet ab.
2. Die Stadt Münster unterstützt die Forderung des Bundesumweltministeriums sowie zahlreicher Anti-Atom-Initiativen und Umweltverbände, die Urananreicherungsanlage Gronau als Quelle der Urantransporte durch Münster in das Atomausstiegsgesetz aufzunehmen und ihre Stilllegung herbeizuführen.
3. Der Rat beauftragt die Stadtverwaltung, bei der Deutschen Bahn, der Bundesregierung sowie der NRW-Landesregierung eine Entwidmung der eingleisigen Bahnstrecke von Münster über Steinfurt nach Gronau für Transporte mit radioaktiven Stoffen zu beantragen.

Begründung:

Obwohl der Atomausstieg in Deutschland offiziell für 2022 beschlossen worden ist, sind die Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau sowie die Brennelementefabrik Lingen von diesem Atomausstieg bislang ausgeschlossen und dürfen ohne zeitliche Begrenzung weiter produzieren. Eine Belieferung deutscher Atomanlagen aus Gronau betrifft schon aktuell nur noch die Brennelementefabrik Lingen – alle anderen Abnehmer sind Atomkraftwerke im Ausland.

Der Betrieb der Urananreicherungsanlage in Gronau führt zu regelmäßigem Lieferverkehr mit hochgiftig-radioaktivem Uranhexafluorid (UF_6) von und zur UAA. Für Münster fallen dabei vor allem Anlieferungen von UF_6 per Bahn an sowie der Abtransport von abgereichertem UF_6 als Abfallstoff. Allein in den Jahren 2019 und 2020 wurden dabei knapp 18 000 t Uranmüll in 20 Zugladungen über das Münsteraner Stadtgebiet befördert. Diese Uranzüge fahren von Gronau kommend über Münster-Häger, Kinderhaus und Zentrum-Nord durch den Hauptbahnhof, dann weiter über Hiltrup und Hamm zum Hafen von Amsterdam.

Zielort dieser Urantransporte war die russische, "geschlossene" Atomstadt Novouralsk bei Ekaterinburg. Dort lagert das Uran unter freiem Himmel ohne erkennbare Weiterverwertung. Selbst die russische staatliche Atomfirma Rosatom gibt zu, dass in Russland bereits rund 1 Mio. t abgereichertes Uran auf Halde liegen hat. Eine Entsorgung sei frühestens bis 2080 möglich, durch den Neubau von mehreren Schnellen Brütern!

Ein Rechtsgutachten im Bundestag ergab im Herbst 2020, dass diese Uranexporte nach Russland einen Verstoß gegen die EU-Sanktionen gegenüber Russland darstellen, die im Zuge der Krim-Annexion und der militärischen Offensiven auf dem ukrainischen Festland erlassen worden waren. Abgereichertes UF₆ kann nämlich für panzerbrechende Munition – und damit für militärische Zwecke – eingesetzt werden.

Die Betreiberfirma der Gronauer UAA, die deutsch-niederländisch-britische Urenco, zeigte sich bislang taub gegenüber jeder Kritik an diesen unverantwortlichen und offensichtlich rechtswidrigen Uranexporten. Im April 2020 schrieb der Münsteraner Ordnungsdezernent Wolfgang Heuer an die Urenco mit der Bitte, die Urantransporte zumindest auf dem Höhepunkt der Corona-Pandemie auszusetzen. Durch die stets vorhandene Gefahr von schweren Unfällen, die zur Bildung von tödlicher Flusssäure führen können, wären die Einsatzkräfte in Münster schnell an ihrer Belastungsgrenze. Die Urenco führte die gefährlichen Urantransporte ungerührt weiter.

In Russland ist demokratischer, zivilgesellschaftlicher Protest gegen die Importe von Uranmüll aus Gronau kaum noch möglich. Renommierte Umweltorganisationen wie Ecodefense oder andere NGOs werden als "ausländische Agenten" diffamiert. Schikanen und Prozesse gegen Oppositionelle sind inzwischen an der Tagesordnung. Insofern entsteht der Eindruck, als mache sich die Urenco in Gronau die sehr schlechte Menschenrechtslage in Russland für die eigenen Uranexporte zunutze. Das ist wenig verantwortungsvoll.

Wie groß der Widerspruch in der russischen Bevölkerung trotzdem ist, zeigte sich Anfang 2020 als Ecodefense und Greenpeace Russland im Bundesumweltministerium in Berlin eine russische Online-Petition von mehr als 70 000 Menschen gegen die Urantransporte aus Gronau überreichten. Das ist im heutigen Russland eine sehr beachtliche Zahl.

Aus diesem Grunde ergreift der Rat der Stadt Münster erneut die Initiative. Der Rat ist nicht bereit, die Risiken der Urantransporte für Münster weiter hinzunehmen. Wenn Deutschland Ende 2022 aus der Atomenergie aussteigt, muss sich dies auch für Münster und das Münsterland auswirken. Ansonsten werden Stadt und Region noch Jahrzehnte nach der Abschaltung des letzten deutschen AKWs in Lingen eine Drehscheibe des internationalen Uranhandels bleiben – mit allen damit verbundenen Gefahren und Risiken für die Münsteraner Bevölkerung und die Menschen am Zielort in Russland.

Von daher fordert der Rat unmissverständlich ein Aus für die Urantransporte sowie eine Entwidmung der eingleisigen Bahnstrecke zwischen Münster und Gronau für den Transport von radioaktiven Stoffen. Das ist problemlos möglich, weil die Urantransporte inzwischen die einzigen Güterzüge auf dieser Bahnstrecke sind.

Der Rat der Stadt Münster begrüßt zudem die Forderung des Bundesumweltministeriums nach einer Stilllegung der Urananreicherungsanlage in Gronau. Diese würde weitere Urantransporte überflüssig machen.

gez.
Leandra Praetzel
Dr. Robin Korte
Achim Specht
und Fraktion

gez.
Hedwig Liekefiedt
Marius Herwig
und Fraktion

gez.
Helene Goldbeck
und Ratsgruppe